

INFORMIEREN. AGIEREN. VORBEUGEN.



[Vorratsdatenspeicherung - ja oder nein? >](#)
[< Online-Plattform bietet Hilfe bei Cybermobbing](#)

Das Bundesprogramm „Demokratie leben“ Aktiv gegen jede Form der Demokratie- und Menschenfeindlichkeit



Das Bundesprogramm fördert eine vielfältige, demokratische Gesellschaft
© Kaarsten, fotolia

Mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ fördert das Bundesfamilienministerium, unter dem inhaltlichen Dreiklang „Demokratie fördern. Vielfalt gestalten. Extremismus vorbeugen.“ zivilgesellschaftliche Projekte in ganz Deutschland

Stärkung demokratischer Strukturen

„Das Programm ist ein großer Erfolg. Uns ist es auf der kommunalen, auf Landes- und auf Bundesebene gelungen, Institutionen und Organisationen zu stärken, die für eine offene, demokratische Gesellschaft und gegen Gewalt, Hass und Radikalisierung arbeiten – von **Rechtsextremismus** über Antisemitismus bis zu islamistischem Extremismus“, erklärt Juliane Seifert, Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Ziel sei es, gegen Vorurteile, Stereotypen, Ausgrenzung und **Diskriminierung** vorzugehen. „Demokratie leben!“ entwickelte sich in den letzten Jahren zum bundesweit größten und einem europaweit einzigartigen Demokratieförderprogramm. Derzeit werden 326 Kommunen in ganz Deutschland als lokale „Partnerschaften für Demokratie“ gefördert. Dazu kommen 16 Landes-Demokratiezentren sowie 14 Kompetenzzentren und -netzwerke in ganz verschiedenen Themenfeldern. Außerdem werden mehr als 150 Modellprojekte unterstützt. Im Jahr 2021 stehen dem Bundesprogramm insgesamt 150,5 Millionen Euro zur Verfügung. Für das nächste Jahr sind in der Finanzplanung des Bundes 165,5 Millionen Euro vorgesehen und ab 2023 dann jährlich jeweils 200 Millionen Euro.

Neue Schwerpunkte gesetzt

Das Bundesprogramm ist eine zentrale Säule der Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung, die beschreibt, dass Prävention und Sicherheit Hand in Hand gehen sollen. Das Ministerium setzt dabei auf eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft, um die aktuellen Aufgaben in der Präventionsarbeit zu lösen. Auf kommunaler Ebene wurden beispielsweise Fach- und Koordinierungsstellen eingerichtet und gestärkt. Neben der Förderung einer Vielzahl von Einzelprojekten findet unter anderem in 71 lokalen Partnerschaften für Demokratie mittlerweile ein verstärkter Austausch auch mit **Polizei** und Sicherheitsbehörden statt. In sogenannten „Landes-Demokratiezentren“ wird in jedem Bundesland die Arbeit der mobilen Beratung für **Opfer-** und Betroffene sowie die Distanzierungs- und Ausstiegsberatung gefördert und enger vernetzt. „Radikalisierungsprävention und Demokratieförderung sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Deshalb ist die Zusammenarbeit vor Ort zwischen Bund, Ländern und Kommunen, aber auch zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik entscheidend“, betont Seifert. Das Programm unterstützt bundesweit Initiativen, Vereine und engagierte Bürgerinnen und Bürger, die sich für ein vielfältiges, gewaltfreies und demokratisches Miteinander in der Gesellschaft einsetzen. Mit Beginn der zweiten Förderperiode im Jahr 2020 wurden auf Bundesebene 14 Kompetenzzentren und Kompetenznetzwerke eingerichtet. Darin sollen 40 Träger beziehungsweise Trägerverbände die Zusammenarbeit stärken, inhaltliche Expertise im jeweiligen Themenfeld weiterentwickeln und diese bundesweit zur Verfügung stellen. Bei den Modellprojekten geht es darum, innovative Ansätze zu entwickeln, um die Stärkung der Demokratie, die Gestaltung der Vielfalt und Extremismusprävention neu zu denken und Ideen auszuprobieren.



Staatssekretärin Juliane Seifert

© Bundesregierung_Jesco_Denzel

Modellprojekte widmen sich aktuellen Themen und probieren Neues aus

Die festen Strukturen werden von Modellprojekten flankiert, die auf aktuelle gesellschaftliche Fragen reagieren, neue Wege erproben und verschiedene Zielgruppen erreichen wollen. „Auf Basis des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von **Rechtsextremismus** und **Rassismus** verstärken wir unsere Arbeit in vielen Bereichen“, so Seifert. „Erstmals werden wir zusätzlich mit dem Vorhaben „Zivilgesellschaft & Polizei“ in Zusammenarbeit mit dem Bundesinnenministerium Kooperationsmodelle anregen, die einen vertrauensvollen Austausch zwischen lokaler **Polizei** und zivilgesellschaftlichen Akteuren initiieren und stärken. Ziel ist es, damit eine Basis für eine nachhaltige Präventionsarbeit zu schaffen.“ Im Frühjahr 2021 fand außerdem eine digitale Fachkonferenz mit den Programmpartnerinnen und -partnern des Bundesprogramms statt. Dort konnten sich die Vertreterinnen und Vertreter der Förderprojekte untereinander austauschen und vernetzen.

Demokratie gehört auch ins Netz

Das Bundesprogramm wird 2021 weiterentwickelt und unter anderem das Engagement vor Ort gestärkt – insbesondere werden die Landes-Demokratiezentren und die Beratung für Betroffene rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt intensiver unterstützt. Ein inhaltlicher Schwerpunkt ist die Arbeit gegen Hass und Hetze im Netz. Diese zusätzlichen Förderungen werden auf Basis der bestehenden Förderrichtlinie vorgenommen. Mit Blick auf die aktuellen Herausforderungen, etwa die rassistische **Diskriminierung** im **Internet** oder die wachsende Nähe von Rechtspopulismus und Verschwörungsdenken, wurde auf der Fachkonferenz unter anderem erörtert, wie Demokratietarbeit hier wirkungsvoll ansetzen

kann. Das Bundesprogramm hat unter anderem dazu auf Basis der bisherigen guten Zusammenarbeit mit jugendschutz.net oder der „No-Hate-Speech“-Kampagne des Europarates beschlossen, ein Kompetenznetzwerk gegen Hass im Netz zu fördern. Dazu gehört auch die Arbeit von HateAid, die Unterstützung bei Angriffen im Netz bieten. Solche Beispiele zeigen, dass „Demokratie leben!“ sein Spektrum in den letzten Jahren erheblich erweitert hat. Das Gesamtprogramm beruht auf Erfahrung aus der Arbeit gegen **Rechtsextremismus**. Mittlerweile hat sich der Blick aber auf nahezu alle demokratiefeindlichen Phänomene geweitet. AL (30.06.2021)

Folgende Artikel könnten Sie auch interessieren:

-  [Eine hohe Hemmschwelle für neue Gewalttaten](#)
-  [Wie militant ist die „linke Szene“?](#)
-  [Rechtsextremismus in Deutschland](#)
-  [Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt](#)
-  [„Demokratie stärken - Rechtsextremismus bekämpfen“](#)
-  [Hetze im Netz ist strafbar](#)
-  [„Mach' meinen Kumpel nicht an!“](#)
-  [„Fit für den Rechtsstaat“](#)
-  [Rechtsextreme Hetzer gegen Asylbewerber](#)

[Alle Artikel dieser Kategorie](#)

Weitere Infos für Gewerbetreibende



Was tun bei sexueller Belästigung am Arbeitsplatz?

Ein anzügliches Plakat kann ausreichen

„Du siehst heute wieder mal besonders attraktiv aus!“ - Was ein...[\[mehr erfahren\]](#)



Was tun bei Vandalismusschäden?

Zerstörung und Graffiti

Beschmierte Hauswände, demolierte Briefkästen, eingeschlagene...[\[mehr erfahren\]](#)



Initiative gegen Rassismus und für ein soziales Miteinander

„Mach' meinen Kumpel nicht an!“

Fremdenfeindliche Sprüche und rassistische Parolen werden nicht nur...[\[mehr erfahren\]](#)



Technische Einrichtungen helfen der Feuerwehr

Brände früh erkennen

Mittags um 14.17 Uhr in einer Essener Klinik: Die Brandmeldeanlage...[\[mehr erfahren\]](#)



Gefälschte Medikamente in der Dritten Welt

Profitgier steht an erster Stelle

Während das Thema gefälschte Medikamente in Deutschland ein eher...[\[mehr erfahren\]](#)

© Verlag Deutsche Polizeiliteratur

Cookie Einstellungen



- Statistiken
- Essentiell

Wir nutzen Cookies auf unserer Website, die in unserer [Datenschutzerklärung](#) beschrieben sind. Wir verwenden anonyme Statistiken, um unsere Website zu verbessern. Bitte unterstützen Sie unsere

wichtige Präventionsarbeit und akzeptieren Sie alle Cookies. Vielen Dank!

Ablehnen Alle akzeptieren